

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

15.1.1913 (No. 14)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 14

Mittwoch, den 15. Januar 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Straße Nr. 14 (Hauptredaktion)
Anschluß Nr. 154, wofür auch Anzeigen
in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die 6mal gepaltene Zeitspalt oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Direktor des Stadttheaters in Aachen, Hofrat Adolphi, die unterkündigt nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Ritterkreuzes erster Klasse des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit Allerhöchster Staatsministerialentscheidung vom 3. Januar 1913 gnädigst geruht, mit Wirkung vom 1. April 1913 den ordentlichen Professor für Mathematik an der Technischen Hochschule Karlsruhe Geheime Hofrat Dr. Paul Stäckel zum ordentlichen Professor für Mathematik an der Universität Heidelberg zu ernennen.

Namensänderungen:

Die Namen der nachstehenden Personen sind wie folgt geändert:

Jakob Senger, geboren am 12. Januar 1891 zu Stockach, Mechaniker, z. St. Musikier in Stuttgart, in Jakob Schmid.

Rufje Senger, geboren am 10. Dezember 1891 zu Wittenhofen, wohnhaft in Tattlingen, in Rufje Schmid.

Karlsruhe, den 11. Januar 1913.

Ministerium

des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen.

Der Ministerialdirektor:

H i b s c h. Groß.

Gewinnauszug

2. Preussisch-Süddeutschen

(228. Königlich Preussischen) Klassenlotterie

1. Klasse 1. Ziehungstag 13. Januar 1913

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die rote gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

(Ohne Gewähr v. St. u. f. B.)

Zu der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 50 M. gezogen:

2 Gewinne zu 10 000 M.	197013
2 Gewinne zu 1000 M.	122436
4 Gewinne zu 500 M.	12412 204659
12 Gewinne zu 400 M.	93075 175048 184128
190076	191803 194517
24 Gewinne zu 300 M.	16254 27366 88463 105614
105634	109732 135535 137119 145173 148192 206167
210663	
26 Gewinne zu 200 M.	23815 40964 52984 60873
72754	89833 106967 121078 130349 143478 177902
189174	196144
56 Gewinne zu 100 M.	3244 3602 4211 14952
18498	30460 32595 45637 50268 52877 63015 84606
88807	93586 101315 104850 117530 119902 137742
138723	142537 159476 159703 178424 184768 192168
197093	198307

Zu der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 M. gezogen:

2 Gewinne zu 5000 M.	168903
2 Gewinne zu 500 M.	53189
16 Gewinne zu 300 M.	8126 18622 59600 65827
105932	122482 126775 159981
20 Gewinne zu 200 M.	1911 3445 80475 55535
65073	99219 198298 143810 145891 161728
74 Gewinne zu 100 M.	4432 5056 7716 9836
14601	15701 19436 20836 22612 38192 39019 42340
51343	57584 68959 69085 70897 83281 95456 97185
105631	112382 122797 131450 134336 136013 140854
145074	145809 158244 169371 178626 180882 181310
181594	201145 201587

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 14. Januar

Die Balkankrise.

Die Nachricht von der Einberufung einer türkischen Nationalversammlung zur Entscheidung über die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten, die über Sonntag von Konstantinopel eingetroffen ist, stellt die Geduld auf eine neue Probe, sie braucht aber, so wird der „Köln. Ztg.“ unterm 13. d. Mts. aus Berlin geschrieben, kein ungünstiges Zeichen zu sein. Der Entschluß zeigt, daß Kiamil die Entscheidung auf eine breitere Grundlage stellen will, und ein anderer Grund dafür mag vielleicht der sein,

daß man wieder einmal Zeit zu gewinnen wünscht. Wenn auch wahrscheinlich die Teilnehmer an der Nationalversammlung zum größten Teil in Konstantinopel wohnen, so werden sie zum Teil doch auch erst aus den Provinzen eintreffen müssen, und darüber kann noch einige Zeit hingehen. Man muß nun den Beschluß dieser Nationalversammlung abwarten. Unterdessen ist die Angelegenheit der Gesamtnote der Mächte so weit gefördert worden, daß die Note wohl heute von der Vorkonferenzversammlung in London auf Grund der Vermittlung von allen Großmächten eingegangenen Annahmeerklärung zum letzten Entwurf beschloffen wird. Dann kann die Überreichung morgen erfolgen.

Drahtlich wird noch gemeldet:

Konstantinopel, 14. Jan. Die in den letzten Tagen umlaufenden Gerüchte über einen beabsichtigten Putsch der Jungtürken nahmen gestern eine solche Ausdehnung an, daß die Polizeipräfektur Militär requirierte, das zum Fortepalais, zum Kriegsministerium und anderen wichtigen Punkten eilte. Eine Kavallerieschwadron durchritt eilends die Straßen von Pera, um nach Stambul zu gelangen. Ein Bataillon besetzte die Pforte selbst. Man behauptet, daß der Großwesir Drohbriefe erhielt, die ihn zur Demission aufforderten.

Bukarest, 13. Jan. Der österreichisch-ungarische Gesandte, Prinz Fürstenberg, überreichte im Auftrage des Kaisers als Zeichen der Dankbarkeit für den Empfang des Generalstabes v. Hörsdorf bei seinem Besuche in Rumänien dem Ministerpräsidenten Majoresco, Generalstabeschef Averesco und dem Kommandeur des Bukarester Armeekorps, Crainiceanu, das Bildnis des Kaisers mit der eigenhändigen Unterschrift. Dem Generalsekretär im Ministerium des Außern Crețeano und dem Chef des Protokolls im gleichen Ministerium Treșnea-Grețeano wurde das Großkreuz des Franz-Josephsordens verliehen.

London, 14. Jan. In Balkankreisen wird betont, daß kein Delegierter, ohne eine grobe Verletzung der Etikette zu begehen, abreisen könne, bevor noch eine Sitzung der Friedenskonferenz einberufen sein würde, auch wenn dies nur geschehen sollte, um die Verhandlungen in aller Form abzubrechen. Es wird erklärt, daß jeder andere Weg als eine Nichtachtung gegen das Land, in welchem die Konferenz abgehalten wird, und gegen ihren Ehrenpräsidenten angesehen werden müsse.

St. Petersburg, 13. Jan. Der Kaiser empfing den bulgarischen Finanzminister Theodorow in Audienz.

St. Petersburg, 13. Jan. Die Nachricht, welche die „Neue Freie Presse“ angeblich aus russischen Blättern wiedergibt, daß die russische Regierung beschloß, zwei weitere Jahrgänge der Reserve einzuberufen, ist der Petersb. Tel.-Ag. zufolge, vollständig aus der Luft gegriffen. Kein russisches Blatt veröffentlichte eine solche Nachricht, auch traf die russische Regierung eine solche Maßregel nicht. Somit ist die Frage des Blattes, gegen wen die Maßregel gerichtet ist, vollständig müßig.

Obessa, 13. Jan. Der hiesige rumänische Generalkonsul erfährt von maßgebender Seite aus Bukarest, daß zwischen Bulgarien und Rumänien ein freundschaftliches Abkommen im Prinzip bereits erzielt worden sei.

Die soziale Zusammensetzung des Reichstags.

Aus einem unter dem Titel „Unter der goldenen Kuppel“ im Verlag von Hermann Barsdorf-Berlin erschienenen Buch von Hugo Frey, stellt die „Bad. Landeszeitung“ die folgenden bemerkenswerten Angaben zusammen:

Der jüngste der 397 Reichstagsabgeordneten ist der sozialdemokratische Redakteur Wendel aus Frankfurt a. M., der 1884 geboren ist. Fast im gleichen Alter mit ihm stehen der Zentrumsarbeitersekretär Rohmann und der Sozialdemokrat Dr. Weill-Meg. 150 Abgeordnete stehen zwischen 40 und 50 Jahren, 130 zwischen 50 und 60, über 60 Jahre sind zirka 80 Herren alt. Alterspräsident ist der badische Zentrumsabgeordnete Dr. Lender (geb. 1830), der einzige, der dem Reichstag seit seiner Gründung ununterbrochen angehört. Ihm folgen der Pole Fürst Radziwill (geb. 1834), August Bebel (1840) und noch einige Herren der Rechten und der Mitte.

Das akademische Element ist im Reichstag sehr stark vertreten. Die meisten Akademiker hat das Zentrum.

Die Deutsche Juristenschaft hat 6 Vertreter im Reichstag, einen Fortschrittler und fünf Nationalliberale, unter ihnen der Badener Bek-Geidelberg. Weit stärker ist der Köfener S. C. vertreten, mit 21 Alten Herren. Korbsstudenten waren von in Baden wohnenden Abgeordneten Hoffmann, Dr. Blankenhorn und Dr. Birkenmayer. Zum Allgemeinen Deutschen Juristenbund (A. D. J.) zählen 3 Volksvertreter. Den katholischen Verbindungen rechnen sich 15 Abgeordnete, natürlich nur Zentrumsleute, zu. In einer jüdischen K. C.-Verbindung war als einziger der Karlsruher Fortschrittler Haas. Turnerschaften und Landsmannschaften stellen je 3, der B. D. St. 5 Mitglieder. Bei schwarzen Verbindungen waren 11 Abgeordnete aktiv.

Besondere Beachtung verdient auch das Kapitel über die Vertretung der Berufsstände im Reichstag. Eine sehr starke Vertretung hat die Landwirtschaft. Sie stellt nicht weniger als 80 Abgeordnete, darunter sehr viele Rittergutsbesitzer, die meist bei den Konservativen sitzen. Handel und Industrie haben 33 Vertreter gefunden. Dem Handwerkerstand gehören 11 Abgeordnete an. Die Justiz hat sich recht stark eingefunden. Man zählt nicht weniger als 31 Rechtsanwälte, 11 Justizräte und dann noch ein Duzend Richter und Gerichtsbeamte aller Art. Auch der geistliche Stand braucht sich nicht zu beklagen. Er hat 19 Vertreter, hauptsächlich katholische, aber auch einige protestantische Pfarrer. Der Lehrstand stellt sieben Professoren, sechs Lehrer, zwei Gymnasialprofessoren und einen Gymnasialdirektor. Auch an zwölf Kaufleuten fehlt es nicht, an zwei Kommerzienräten ebenso wenig. Sieben Ärzte sind vertreten, vier ehemalige höhere Offiziere, neun Rentiers und Privatiers. Dazu treten zahlreiche Herren von der Presse, nämlich 33 Redakteure, mehrere Verleger, ein Buchdruckermeister und ein Schriftfeger. Zwei Arbeiter, die wirklich noch Handarbeiter sind, sitzen ebenfalls im Reichstage: einer bei den Nationalliberalen und einer — nur einer — bei den Sozialdemokraten.

Die Zusammensetzung der sozialdemokratischen Fraktion ist beachtenswert, ebenso wie die der konservativen. Denn nicht weniger als 38 sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete sind Angestellte der Partei, der freien Gewerkschaften oder der im sozialdemokratischen Sinne geleiteten Konsumvereine. Sehr viele Geschäftsführer, Expedienten und Kassenbeamte dieser Organisationen sind ausserkoren worden, das höchste Amt auszuüben, das das deutsche Volk zu vergeben hat. Dazu kommen noch 25 Schriftsteller und Redakteure, von denen ein guter Teil bei der Parteipresse fest besoldet ist, der andere aber ebenfalls von der Parteipresse lebt. So ergibt sich denn, daß die Hälfte der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten mehr oder weniger aus Parteifunktionären besteht. Die nächstgrößte Gruppe in der neuen sozialdemokratischen Fraktion ist die der Rechtsanwälte. Dann gibt es noch einige Handwerker, besonders mehrere Schuhmacher, die von altersher als radikal gelten, einen Bäcker, ein paar Maler, einen Schneider usw. Die meisten sozialdemokratischen Abgeordneten stammen auch aus bürgerlichen Kreisen. Nur acht von ihnen sind Söhne von Arbeitern.

Es gab eine Zeit, da wimmelte es im Wallotbau von Edelleuten. Ost war fast die Hälfte aller Reichsboten adeliger Abstammung. Im Jahre 1878 saßen z. B. 162 Adelige im Reichstag auch auf den Bänken der äußersten Linken; 1890 waren es noch 126. Seitdem hat ihre Zahl ständig abgenommen. Das bürgerliche Element hat immer mehr Plätze erobert. Der gegenwärtige Reichstag zählt aber immerhin noch 57 Adelige. Davon entfallen auf die Konservativen allein 22. Fünf sind Reichsparteiler, elf Zentrumsleute, neun Polen. In die übrigen zehn teilen sich alle anderen Parteien, wovon noch die hannoverschen Welfen den Löwenanteil davontragen. Das adelige Element macht jetzt nur noch 15 Prozent im Deutschen Reichstage aus.

Reichstag.

Berlin, 13. Januar.

Präsident Dr. Kömpf eröffnet 120 Uhr die Sitzung. Am Bundesratsstische: Staatssekretär Dr. Lisca. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung des Entwurfes eines Gesetzes über das Verfahren gegen Jugendliche.

Staatssekretär Dr. Lises: Trotz der sinkenden Tendenz erreicht die Zahl der Jugendlichen immer noch eine erstaunliche Höhe. Alle Kulturstaaten arbeiten deshalb darauf hin, eine besondere Gerichtsbarkeit für Jugendliche herzustellen. Dem im Strafgesetzbuch bestehenden Mangel soll durch diese Vorlage abgeholfen werden. Bei Verfehlungen harmloser Art sollen die grundlosen Härten, die durch die gerichtliche Bestrafung eintreten und mit denen ein Mangel für das spätere Leben, in anderen Fällen eine Abstumpfung des Ehrgefühls herbeigeführt wird, vermieden werden. Nach der Vorlage sollen als Jugendliche Personen unter 18 Jahren betrachtet werden, für die besondere Abteilungen bei den Amtsgerichten gebildet werden sollen. Bei dem Verfahren sollen die Aussagen von Lehrern, Lehrherren und Mitgliedern der Fürsorgewerke besonders berücksichtigt werden. Jugendlichen, die schon früh einen verbrecherischen Gang zeigen, soll besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Ich empfehle Ihnen die Vorlage zur wohlwollenden Prüfung, damit die Härten des gegenwärtigen Rechts beseitigt werden.

Abg. Stadthagen, der in der Vorlage große Mängel entdeckt, tritt für ein einheitliches Recht ein, verlangt auch für die Strafkammern die Einziehung von Schöffen und beantragt Verweisung an eine 12gliedrige Kommission.

Abg. Dr. Pfleger (Ztr.) bezeichnet den Entwurf an mehr als einer Stelle eine bewusste Halbheit und hegt besonders Bedenken gegen den § 3.

Abg. van Gatter (Nat.) rühmt das Verdienst des Abg. Lises an dem Zustandekommen der Vorlage. Es sollte aber nicht dem Ermessen des Staatsanwalts überlassen werden zu entscheiden, ob Strafe oder Zwangsverziehung eintreten soll. Das strafmündige Alter müßte vom 12. auf das 14. Lebensjahr heraufgesetzt werden. Weder hält es für zweckmäßig, die Frauen zum Schöffennamt zuzulassen, namentlich bei weiblichen Angeklagten.

Abg. Dr. Wieje (Ztr.) ist gegen die Heranziehung von Frauen als Schöffen. Großes Gewicht lege seine Partei auf die Wertschätzung eines Fürsorgers.

Abg. Lises (Fortf.) nennt das heutige Verfahren gegen Jugendliche geradezu Unfug, die bedingte Begnadigung sei eine höchst reformbedürftige Institution und wünscht die Schaffung von Jugendgefängnissen.

Nach weiteren Bemerkungen wird ein Schlußantrag angenommen und die Vorlage an eine 12gliedrige Kommission überwiesen. Es folgt die erste Lesung der am 2. Juli 1911 in Washington unterzeichneten, revidierten Pariser Übereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums und der Ausführungsbestimmungen hierzu. Diese Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Darauf beginnt die zweite Lesung des Etats: Etat des Innern. Es liegen hierzu sechs Resolutionen vor. Die Beratung beginnt beim Titel „Gehalt des Staatssekretärs“.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.) erklärte, die Forderung nach einem Reichsberggesetz werde nicht erfüllt, weil Preußen und die preussischen Provinzen nicht wollen. Noch keine Regierung sei in so beschämender Abhängigkeit gewesen, wie die jetzige. Die Liebeserklärung des Staatssekretärs Dr. Delbrück den christlichen Gewerkschaften gegenüber habe nur solange Gültigkeit, solange die christlichen Arbeiter ihren Klassenkampf in den Händen hielten.

Hiergegen wendet sich Staatssekretär Dr. Delbrück und erklärt, ohne auf Einzelheiten eingehen zu wollen, daß das Wort, auf das sich der Abgeordnete Fischer gestützt habe, nur durch Vertrauensbruch in seine Hände gelangt sein könne. Das entspreche nicht der parlamentarischen Achtung und dem parlamentarischen Interesse. Nach einer kurzen Erwiderung des Abgeordneten Fischer (Soz.) wird die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr vertagt. Vorerst kurze Anfragen. Schluß sechs Uhr.

Politische Übersicht.

Die kurzen Anfragen im Reichstage.

Das liberale „Heidelberger Tageblatt“ kritisiert scharf, aber nicht unberechtigt das Überhandnehmen überflüssiger „kurzer Anfragen“. Es schreibt u. a.: „Die kurzen Anfragen“ im Reichstage scheinen sich allmählich zu einer bedenklichen Unsitte auszuwachsen zu wollen. Wenn man sich der Anfrage des Lizenziaten Mumm über die Parifalfrage erinnert, so genügt dieser Vorgang allein, eine Einschränkung des Anfragen-Unfugs mit allem Nachdruck zu verlangen. Schreit der Reichstag nicht selbst dagegen ein, so braucht er sich auch nicht zu wundern, wenn sein Ansehen immer tiefer sinkt. Unter den zahlreichen „kurzen Anfragen“, die zurzeit vorliegen, beanspruchen zwei besonderes Interesse. Die eine hat der national-liberale Abgeordnete Dr. Thoma eingebracht. Sie lautet:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, ob — wie verlautet — die bayerische Staatsregierung ihre Gesandtschaften im Auslande zur Mitarbeit an der neuen „Bayerischen Staatszeitung“ heranzuziehen beabsichtigt und ob Vorfrage getroffen ist, daß die Behandlung von Fragen der Reichspolitik, insbesondere von Fragen der auswärtigen Politik, in jenem offiziellen Presseunternehmen der bayerischen Staatsregierung nur im Einvernehmen mit dem verantwortlichen Leiter erfolgt?“

Obgleich diese Anfrage einen ersten und wichtigen Gegenstand betrifft, so muß man doch sagen, daß auch sie zu den überflüssigen Anfragen gehört. Denn die bayerische Regierung hat ja bereits erklären lassen, daß sie den Vorschlag, die Gesandtschaften zur Mitarbeit an der „Bayerischen Staatszeitung“ heranzuziehen, für unpraktisch und undurchführbar hält. An diese Erklärung wird sich auch der Reichskanzler halten müssen. Seine Antwort kann also nur dahin lauten, daß ihm amtlich von einer derartigen Absicht der bayerischen Staatsregierung nichts bekannt ist, und daß zu einer Einmischung der Reichsleitung vorläufig kein Anlaß gegeben ist. Der Anfrager wird nachher so klug sein wie zuvor, und wie alle anderen Leute im Reiche abwarten müssen, bis ein wirklicher Anlaß zum Einschreiten vorliegt. — Abg. Erbberger hat folgende Anfrage eingebracht:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß bei den kriegsrischen Operationen auf dem Balkan Ausschreitungen gegen Bewohner der bisherigen türkisch-europäischen Gebiete vorgekommen sind, und was ist hierauf von ihm veranlaßt worden?“

Diese Anfrage steht auf der gleichen Höhe wie die des Lizenziaten Mumm über die Parifalfrage. Ist es dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß es eine Parifalfrage gibt? Ist es dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß auf dem Balkan Ausschreitungen vorgekommen sind? Ist es dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß in London eine

Friedenskonferenz tagt? Ist es dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß er den Namen „v. Bethmann Hollweg“ führt? Es ist doch ein wahres Glück, daß es Abgeordnete gibt, die dem Reichskanzler mitteilen können, was sie selbst aus den Zeitungen wissen!

Rom und die Kulturfreiheit.

Verschiedene Blätter hatten behauptet, die römische Kirche erkenne die Kulturfreiheit an. Demgegenüber erklärt ein Leitartikel des „Osservatore Romano“ — laut Tägl. Rundschau, der wir die Verantwortung für die richtige Übersetzung des Artikels überlassen müssen — er wolle die wahre kirchliche Lehre verkünden, damit „solche kolossalen Irrtümer und verderbliche Phantasien keinen Boden finden“. Der „Osservatore“ schreibt: Daß auch in einigen katholischen Staaten neben andern kranken Freiheiten auch Kulturfreiheit herrscht, ist leider wahr. Dieser philosophische Unsinn und theologische Irrtum erklärt sich leicht durch den Abfall dieser Staaten von der Wahrheit und dem gesunden, praktischen Kriterium in religiösen Dingen. Verkehrt wäre es jedoch, aus dem Umstand, daß die Kirche mit solchen Staaten gute Beziehungen pflegt, zu folgern, daß Rom die Kulturfreiheit und ähnliche Dinge gutheiße und sanktioniere. Die Kulturfreiheit und ähnliche Freiheit erhebe sie nur insolge des Abfalls der Regierungen von katholischen Grundsätzen. In andersgläubigen oder ungläubigen Staaten verlange dagegen die Kirche die Kulturfreiheit für die katholische Minderheit, weil das die einzige Gewähr für die Ausbreitung der kirchlichen Wahrheit sei.

Zur Reform des Offenbarungseidverfahrens.

Man schreibt uns: Wiederholt sind in den letzten Jahren Klagen über die Unzulänglichkeit und Mängel des geltenden Offenbarungseidverfahrens laut geworden und Vorschläge zur Abhilfe der hervorgetretenen Mängel gemacht worden. Unter anderem beschäftigen sich mit dieser Angelegenheit eine Rundfrage des Deutschen Handelstages und eine Eingabe der Ältesten der Kaufmannschaft zu Berlin an den Staatssekretär des Reichsjustizamts. Die in dieser Eingabe gemachten Vorschläge ließen sich aber nicht ohne Änderung der Zivilprozedur verwirklichen, und es wurde eine Revision dieses Teils für sich allein noch vor der in Aussicht genommenen allgemeinen Reform der Zivilprozedur nicht für angeeignet gehalten, jedoch eine eingehende Prüfung der Vorschläge bei der allgemeinen Reform in Aussicht gestellt. In den Klagen über das Offenbarungseidverfahren gehört auch die, daß in zahlreichen Fällen der zum Offenbarungseid geladene Schuldner es unterläßt, das zu beschreibende Verzeichnis zu dem Eidesleistungstermin vorzulegen, und dadurch eine für alle Beteiligten zeitraubende Aufstellung des Verzeichnisses an Gerichtsstelle notwendig wird. Es dürfte sich daher empfehlen, der Ladung des Schuldners zur Eidesleistung einen Vordruck für die Anfertigung des Verzeichnisses beizufügen, denn in vielen Fällen wird der gerügte Mangel dadurch zu vermeiden sein, daß der Schuldner nicht weiß, in welcher Weise das Verzeichnis von ihm aufzustellen ist. Solche Zweifel würden durch die Behändigung eines Vordruckes mit Fragen nach einzelnen Gattungen der Vermögensgegenstände beseitigt. Ferner würde auch eine größere Zuverlässigkeit des Vermögensverzeichnisses dadurch gewährleistet sein, daß der Schuldner das Verzeichnis zu Hause anfertigt, wo er die einzelnen Gegenstände vor Augen hat, während er jetzt vielfach nur nach dem Gedächtnis seine Angaben macht, wobei auch ohne böswillige Absicht leicht Irrtümer unterlaufen können. Endlich würde auch dadurch, daß der Schuldner das Verzeichnis im Eidesleistungstermin sofort vorlegt, das Verfahren erleichtert und beschleunigt, und so für alle Beteiligten, nicht zuletzt auch für das Gericht, eine wesentliche Zeitersparnis erzielt. Aus diesen Gründen hat die Berliner Handelskammer bei dem Präsidenten des Kammergerichts angeregt, für den Bezirk des Kammergerichts die Befugnis eines Vordrucks für das Vermögensverzeichnis zur Ladung des Schuldners zu verfügen und dabei auf die Verfügung des Oberlandesgerichtspräsidenten zu Jena zu verweisen, durch welche die angeregte Einrichtung für den dortigen Bezirk eingeführt ist. Der Präsident des Kammergerichts hat darauf erwidert, daß bereits seit einiger Zeit Verhandlungen über Einführung eines Formulars zum Vermögensverzeichnis für Offenbarungseidsachen im Gange sind, die noch nicht zum Abschluß gekommen sind.

Zur bayr. Regentenschaftsfrage schreibt der „Bayerische Staatsanzeiger“: Die Blätter fahren fort, die Regentenschaftsfrage zu erörtern. Nachdem Seine königliche Hoheit Prinzregent Ludwig es als Seinen bestimmten Willen bezeichnet hat, daß zurzeit von irgendwelchen Maßnahmen zur Beendigung der Regentenschaft abgesehen werden wolle, sieht die Staatsregierung sich nicht veranlaßt, sich an rückschauenden Betrachtungen darüber zu beteiligen, was in der kurzen Zeit zwischen dem Ableben weiland Seiner königlichen Hoheit des Prinzregenten Luitpold und dem Zusammentritt des Landtages geschehen ist, oder was geschehen hätte sollen oder können.

Die „Bayerische Staatszeitung“ schreibt: Ein in Barcelona erscheinendes Blatt brachte kürzlich einen Artikel über bayerische Verhältnisse, bei welchem man nicht weiß, ob man mehr die völlige Unwissenheit oder die ausschweifende Phantasie bestaunen soll. Da das bedeutungslose Nachwort eine nähere Beachtung nicht verdient, begnügen wir uns damit, die darin gegen weiland den Prinzregent

ten Luitpold erhobenen Vorwürfe, die als unqualifizierbar bezeichnet werden müssen, entschieden zurückzuweisen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Ein Berliner Blatt gibt in seiner Ausgabe vom 11. Januar den Brief eines Deutschen aus Liberia wieder. Zur Hinblick auf die darin geschilderten angeblichen Vorkommnisse muß festgestellt werden, daß von einer Schmähung der deutschen Marine und speziell der vor Liberia anfernden Kriegsschiffe und ihrer Kommandanten, ebenso von einer feindseligen Behandlung der deutschen Regierungsvertreter keine Rede sein kann, daß vielmehr die Forderungen der deutschen Kommandanten, wenn auch erst nach einigem Druck, erfüllt worden sind. Insbesondere wurde der in dem Brief erwähnte liberianische Offizier mit Diententlassung bestraft.

Die Landtagswahlen in Preußen. In der Besprechung zwischen den Abgeordnetenpräsidenten der Parteien wurde mitgeteilt, daß die Wahlen zum Abgeordnetenhaus voraussichtlich am 14. Mai stattfinden. Ein definitiver Beschluß ist noch nicht gefaßt worden.

Zur Wahlrechtsfrage in Preußen. Bei der heutigen Staatsberatung im preussischen Abgeordnetenhaus erklärte der Minister des Innern von Dallwitz, daß nicht anzunehmen sei, daß eine Reform des Wahlrechts in diesem Hause eine auch für die Regierung annehmbare Lösung finde. Eine derartig getragene Aktion kurz vor den Neuwahlen würde auch der Bedeutung der Materie nicht gerecht werden.

Zur Enteignung polnischer Güter. In den jüngst vom preussischen Landwirtschaftsminister zurückgewiesenen Beschwerden gegen die Enteignung der Güter Dobfa, Plotnik und Koldrobn war das Hauptgewicht auf die Tatsache gelegt, daß die enteigneten Güter an den Besitz der Ansiedelungskommission nicht angingen. Der ministerielle Bescheid erwidert darauf, daß zur Abrundung von Gebietsgrenzen im Sinne des Gesetzes dies nicht nötig sei, es genüge schon, daß die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Verbindung bestehe. Die von der Entscheidung betroffenen Gutsbesitzer wollen nun auf gerichtlichem Wege ihre Ansprüche durchsetzen versuchen.

Fahrgelderstattungsansprüche. Wie die offiziöse „Neue politische Correspondenz“ in Berlin erfährt, schweben gegenwärtig Verhandlungen zwischen den deutschen Eisenbahnverwaltungen wegen einheitlicher Ordnung von Fahrgelderstattungen auf den deutschen Eisenbahnen. Der Entwurf dieses Übereinkommens steht vor, daß als Erstattungsansprüche alle Ansprüche auf Rückzahlung von Fahrgeld für völlig oder teilweise unbenuzt gebliebene Fahrtausweise zu gelten haben, sofern dies aus Gründen geschieht, die die Beförderungsbehörde der Verwaltung dem Reisenden gegenüber nicht zu vertreten hat. Der zu erstattende Betrag soll in dem Unterschiede bestehen, der sich aus dem gezahlten Gesamtfahrpreis und dem einfachen Fahrpreis der abgefahrenen Strecke ergibt. Mit der in nächster Zeit zu erwartenden Zustimmung der beteiligten Eisenbahnverwaltungen dürfte der Inkraftsetzung des neuen Übereinkommens nichts im Wege stehen.

Zur russischen Fleischzufuhr. Der „Dreslauer Zeitung“ zufolge, wird der Breslauer Magistrat die Einfuhr russischen Fleisches einstellen, da eine Verbilligung des Fleisches, namentlich wegen des Widerstandes der Fleischer, nicht zu erreichen war.

Zeitungsstimmen.

Gegen die Herrschen Wetterlé in Frankreich werden sich erfreulicherweise außer verschiedenen andern Zentrumsblättern, darunter dem „Rad. Beobachter“, die „Köln. Volksztg.“

„Man muß zunächst abwarten, wie sich der Abg. Wetterlé zu dieser Wiedergabe seiner Vorträge stellt und ob er wirklich das gesagt hat, was die französischen Organe von ihm behaupten. Ohne daß wir uns an einzelne Wendungen der Blätter halten, müssen wir es aber von vornherein als im höchsten Maße aufreizend und die öffentliche Meinung irreführend bezeichnen, wenn ein Mitglied des Deutschen Reichstages wie der Abg. Wetterlé im gegenwärtigen Augenblicke in Frankreich, wo die Wogen des Chauvinismus, wie die Aufführungen des Dramas „L'Affaire im Réjane-theater in Paris beweisen, sehr hoch gehen, das politische Gebiet berührende Vorträge über Elsaß-Lothringen hält. Einerlei, ob er die ihm zugeschobenen Sätze gesprochen hat, schon das bloße Auftreten dieses Politikers in Frankreich, der als Mitbegründer und Hauptwortführer des elstfässischen Nationalismus daherkommt, kann die leicht entzündlichen Massen in Frankreich zu Aufregungen und Handlungen hinreizen, die das bisherige Verhältnis von Deutschland und Frankreich empfindlich schädigen, wenn nicht Schlimmeres im Gefolge haben. Es ist jedoch ganz falsch und den tatsächlichen Verhältnissen in Elsaß-Lothringen widersprechend, wenn die Blätter aus den Vorträgen Wetterlé in französischen Vereinen politisches Kapital gegen das Zentrum schlagen wollen. Was zunächst des elstfässischen Nationalismus betrifft, so ist darin der Einfluß Wetterlé, wie öffentlich wiederholt festgestellt wurde, ganz gering, und er ist schon mehrfach von der Fraktion desabonniert worden. Wetterlé war auch nicht unter den Mitgliedern des Zentrums in Elsaß-Lothringen, die der kaiserliche Staatsrat dieser Tage zu politischen Besprechungen geladen hat. Wetterlé gehört äußerlich der Fraktion an, aber er ist ein Mann sui generis, er geht in politischen, wie in anderen Dingen seinen eigenen Weg und nimmt auf andere durchaus keine Rücksicht. Das hat er oft genug bewiesen. Wir erinnern nur an den Fall, wo er während der Marokko-Affäre in einem Pariser Chauvinistenblatt die Finanzen des Deutschen Reiches als kläglich und verzweifelt hinstellte, was auf die Leser dieser Presse eine höchst aufreizende Wirkung haben mußte. Diese Art politischer Betätigung Wetterlé jenseits der Vogesen muß auch um deswillen als ein frivoles Spiel mit dem Feuer bezeichnet werden, als in Frankreich auch „integral“ katholische Blätter im Deutschen Reich sich überschlagen und dadurch die Gegner des Katholizismus veranlassen, die katholische Kirche, Bischöfe und Priester, für ein solch gemeingefährliches Treiben verantwortlich zu machen.“

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 14. Januar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog erteilte heute vormittag den nachgenannten Herren Audienz: den Oberpostpraktikanten Hag in Karlsruhe, Berg in Mannheim, Steinbach, Refior, Dettli, Schweizer, Bach, Leutner, Schweidert, Wild, Kretsch, Neuschäfer, Hirn, Ernst, Reiningen und Geiß in Karlsruhe; ferner dem Rechtsanwalt und Stadtrat Dr. Stern und dem Landgerichtsrat Druer in Mannheim, dem außerordentlichen Professor Dr. Perels an der Universität Heidelberg, dem Bezirksleiter a. D. Veterinärarzt Merkle in Offenburg, dem Amtsrichter Böhlinger in Lahr, dem Bezirksarzt Dr. Staatsmann in Schönau, dem Anstaltsarzt Dr. Höffer in Wiesloch und dem Gärtnereibesitzer Wink in Bühl.

Nachmittags und abends empfing Seine königliche Hoheit der Großherzog den Geheimen Legationsrat Dr. Seyb und den Geheimrat Dr. von Nicolai.

Die Handelslehrerprüfung für das Jahr 1913 wird nach Maßgabe der Verordnung des Großh. Ministeriums des Innern vom 4. August 1907 (Schulverordnungsblatt 1907 Nr. XII) am Montag den 3. März 1913, vormittags 8 Uhr, ihren Anfang nehmen. Gesuche um Zulassung zu dieser Prüfung sind gemäß § 6 der genannten Verordnung unter Anschluß der verlangten Nachweise bis spätestens 10. Februar d. J. beim Landesgewerbeamt einzureichen. In den Gesuchen um Zulassung zur Prüfung ist anzugeben, ob der Bewerber in der Hauptsache in den Sprachen oder in den Handelsfächern geprüft zu werden wünscht. In letzterem Fall ist noch anzufügen, in welcher der beiden Fremdsprachen (Englisch und Französisch) der Bewerber der Prüfung sich unterziehen will.

Nach uns zugegangener Mitteilung müssen die weiteren Freitagsempfänge in der Kreutischen Gesellschaft leider wegen Unwohlseins von Frau von Eisdorfer ausfallen.

Der „Zuverlässigkeitsflug am Oberrhein“ im Jahre 1913. Die Vorbereitungen für die unter dem Namen „Zuverlässigkeitsflug am Oberrhein“ alljährlich stattfindende Flugveranstaltung sind, wie uns geschrieben wird, schon seit einiger Zeit im Gange. In Ansehung ist das Programm bereits aufgestellt. Der diesjährige Flug dürfte dadurch ein besonderes Gepräge erhalten, daß er nach dem Namen seines hohen Protektors, des Prinzen Heinrich von Preußen, die Bezeichnung Prinz-Heinrich-Flug 1913 erhalten wird. Sowie bis jetzt bekannt ist, wird der Flug am Pfingstsonntag, dem 11. Mai in Wiesbaden seinen Anfang nehmen und über die Städte Baden, Straßburg, Freiburg führen, um in Konstanz zu enden. Dort wird ein Wasserflugwettbewerb auf dem Bodensee den Schluß der Veranstaltung bilden. Die Beteiligung am Wettbewerb ist diesmal Offizier- und Zivilfliegern freigestellt, doch wird die Höchstzahl der Flieger auf 9 beschränkt werden. Eine Reihe wertvoller Ehrenpreise sind diesmal für den Flug gestiftet worden, zum Teil nach in Aussicht gestellt. Unter den letzteren erwähnen wir besonders den Ehrenpreis des Kaisers. Wir verlaute, hat der Monarch selbst ein großes Interesse an der Veranstaltung bezeugt und wird möglicherweise dem Start in Straßburg beiwohnen, da der alljährliche Besuch des Kaisers im Reichsland gerade in die Zeit des Fluges fällt.

BC. Rheinheim, 13. Jan. Zu dem gestrigen Abgeordnetentag des Gauverbandes der Bergstraße war der neue Präsident des Bad. Militärvereins-Verbandes Generalleutnant a. D. Wacner von Dantenfels in Begleitung des Generals Freiherrn Noeder von Diersburg erschienen. Dem Jahresbericht konnte entnommen werden, daß der Gauverband 16 Vereine mit 2260 Mitgliedern zählt. Der Verband besitzt ein Gesamtvermögen von 280.25 M. An Kameraden, Witwen und Waisen wurden im letzten Jahre 3351 M. Unterstützung und Sterbegelder ausbezahlt. Zum Schluß wurde der langjährige erste Gauvorsitzende Stadtrat Zintgraf-Weinheim einstimmig wiedergewählt. Weiter wurden gewählt, Hofleutnant Spengler zum Rechnungsführer, Vereinsvorsitzende Schäffer-Debesheim und Wittzel-Hohenhausen als Vertrauensmänner.

Aus der Residenz.

Vom Pfadfinderkorps „Jung-Karlsruhe“. Am 2. Januar nachmittags veranstaltete die Abteilung C (Weststadt) unter Führung des Herrn Leutnant Wurdhardt zwischen Mühlburg und Daxlanden ein wohlgeplantes Geländespiel, in dessen Verlauf die eine Partei den im Lutherväldchen vertrieben Feind durch Patronen aufzufahren und einzukreisen sollte. Bei Einbruch der Dunkelheit fand das Spiel an der Abbrücke bei Daxlanden sein Ende, wo auf dem grünen Rasen abgefeuert wurde. Die um das Lagerfeuer versammelte Jugend sang so manchen frohlichen Lied, Leutnant Wurdhardt zeigte und erklärte die bekanntesten Sternbilder am Firmamente, soweit der einsehende Nebel sie sichtbar werden ließ, bis um 10 Uhr der Heimmarsch angetreten wurde.

R. Otto Ernst, Vortrag eigener Dichtungen. Der vierte „Dichterabend im Abonnement“ hat die allgemeine Abneigung nicht zu bejähren vermocht, die wir dieser neuesten, persönlichen Art literarischer Propaganda entgegenbringen. Gerade die Dichtungen Otto Ernsts, von denen wir einzelne in guten Stunden mit wirklichem Genuß gelesen haben, sind ihrer Mehrzahl nach weder tief noch originell genug, um recht und schlecht vom Publikum herab gesprochen, einen Abend lang zu fesseln. Otto Ernst oder E. Schmidt, wie sein bürgerlicher Name lautet, besitzt eine kräftige Stimme und eine klare Aussprache, entbehrt jedoch aller sonstigen Vorzüge, die den Rezitator zum Künstler machen. Die breite, selbstgefällige Art seines Vortrags hebt die Wirkung der satirischen Streiflichter auf, die das Beste in seinen Schriften sind, und breitet über alle Stellen, die das Gemüt ergreifen sollen (von den Lehrhaften ganz zu schweigen), den Schleier farbiger Langeweile.

Klavierabend Hugo Kander. Der Pianist Hugo Kander tritt am Freitag den 17. Januar zum ersten Male im Rufsaal vor das hiesige Publikum. Das Arrangement hat die Hofmusikalienhandlung Fr. Doert in Händen.

BC. Die Verhandlungen des Schwurgerichts für das erste Quartal nahmen gestern ihren Anfang. Der Ringmacher Julius Goldberger aus Mosbach, der am Abend des 6. Oktober d. J. zu Neifers dem 19 Jahre alten Landwirt Lutz nach vorausgegangenem Streite einen Stich in die Brust versetzte, der den Tod des Verletzten nach kurzer Zeit herbeiführte, erhielt wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode 1 Jahr Gefängnis, abzüglich 3 Monate Untersuchungshaft. — Angeklagt wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde war der 19 Jahre alte Kaufmann Adolf Wurst aus Grödingen. Er hatte auf einer Zeitkarte für die Eisenbahnstrecke Grödingen-Karlsruhe das Datum gefälscht und sodann mit der abgelaufenen, von ihm geänderten Karte drei Wochen auf der genannten Strecke umsonst gefahren. Die Geschworenen nahmen den Tatbestand der Urkundenfälschung an, worauf der Angeklagte zu 100 M. Geldstrafe verurteilt wurde.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 14. Jan. Präsident Kämpf eröffnet 1 Uhr die Sitzung. Auf der Tagesordnung stehen zunächst kurze Anfragen. Auf die Anfrage des Abg. Schmidt-Berlin (Coo.) wegen der Beschäftigung von Arbeiterinnen und Jugendlichen in Glashütten usw. erwidert Ministerialdirektor Caspar: Nach einem dem Bundesrat vorliegenden Entwurf dürfen Jugendliche in Zukunft zur Nachtzeit nicht mehr beschäftigt werden.

Auf die Anfrage des Abg. Müller-Meinungen (f. B.) wegen Besetzung der Lehrstühle in der philosophischen Fakultät der Universität Straßburg i. El. nach konfessionellen Rücksichten erwidert Ministerialdirektor Leubold: Das Übereinkommen über die Besetzung der Straßburger Professuren ist 1912 im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden (Seite 107). Der Wirkungskreis des Professors ist gegenüber dem des bischöflichen Seminars streng abgetrennt. Die gleiche Praxis besteht auch an anderen Universitäten. Ein Anlaß zur Änderung dieser Praxis besteht nicht.

Auf die Anfrage des Abg. Thoma, ob 1. die bayerische Regierung ihre Gesandten zur Mitarbeit an der „Bayerischen Staatszeitung“ heranzuziehen gedenkt und ob 2. Vorfrage getroffen sei, daß die Behandlung von Fragen der Reichspolitik in jenem offiziellen Preßunternehmen nur im Einvernehmen mit dem verantwortlichen Leiter der Reichspolitik erfolgen könne, erwidert Geh. Legationsrat Lehmann: Der erste Teil der Frage ist mit Nein zu beantworten (Seite 107 im Zentrum), der zweite Teil mit Ja.

Berlin, 14. Jan. Dem Reichstag ist folgende kurze Anfrage des Abg. Giebel zugegangen: Ist es zutreffend, daß das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt die Betriebspensionskasse der Firma Krupp in Essen nicht als Zuschuß- oder Ersatzkasse im Sinne des Versicherungsgesetzes für Angestellte, sondern als Lebensversicherungsumnehmen gemäß § 390 a. a. D. anerkannt hat? Sät der Herr Reichskanzler eine solche Entscheidung für vereinbar mit dem § 390 des Versicherungsgesetzes für Angestellte?

Berlin, 14. Jan. Dem Reichstag ist folgende Resolution Arnstadt und Genossen zugegangen: Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, alsbald und noch vor der allgemeinen Revision des Strafgesetzbuches dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen das Streikpostenverbot verboten wird.

Berlin, 14. Jan. Die Budgetkommission des Reichstages beendete heute die Beratung des Etats des Reichsanwaltes des Innern die Erörterung über die Frage der Ausgabe kleiner Banknoten. Der Referent stellte fest, daß die Kommission in ihrer überwiegenden Mehrheit mit der Aufhebung der die Banknotenausgabe beschränkende Grenze einverstanden sei und die nachfolgende Abstimmung bestätigte dies. Eine von konservativer Seite beantragte Resolution auf Vorlegung eines Depositionsgesetzes wurde zurückgezogen. Auf Anfrage gab der Staatssekretär Delbrück die Erklärung ab, daß bei uns für alle Fälle alle Vorbereitungen getroffen seien und machte darüber nähere Mitteilungen, die als vertraulich bezeichnet wurden.

Die Balkankrise.

London, 13. Jan. Wie das Reutersche Bureau erfährt, wird die seit einigen Tagen durch die Botschafter in Konstantinopel vorbereitete Note durch eine Kollektivnote ersetzt, die am Freitag durch die Botschafter in London im Laufe ihrer Besprechungen redigiert worden ist. Der Text ist Freitagabend in die verschiedenen Hauptstädte telegraphiert und damit den verschiedenen Regierungen zur Billigung unterbreitet worden.

London, 14. Jan. Die Delegierten der Balkanstaaten haben heute vormittag in einer Konferenz beschlossen, daß gleichzeitig mit der Überreichung der Note der Großmächte an die Türkei die Balkanstaaten der ottomanischen Regierung eine Note überreichen werden, durch die sie die Friedenskonferenz aufheben. Gleichzeitig beschloßen die Delegierten, darauf hinzuwirken, daß an die Kommandanten der Heere Instruktionen gesandt werden, um dem Waffenstillstand ein Ende zu bereiten.

London, 14. Jan. Wie das Reutersche Bureau erfährt, wird die Note der Balkanstaaten so abgefaßt werden, daß sie nur dann Geltung haben soll, wenn die Mächte sich weigern sollte, dem in der Note der Mächte enthaltenen Note zu entsprechen.

Bukarest, 14. Jan. Die Ag. teleg. Roumaine erklärt die Blättermeldung von einem angeblichen Handschreiben des Kaisers von Österreich an den Ministerpräsidenten Majorescu für unrichtig.

Berlin, 14. Jan. Wie der „Reichsanzeiger“ meldet, hat der Kaiser den Botschafter am italienischen Hofe von Jagow unter Verleihung des Charakters als Wirkl. Geh. Rat mit dem Prädikat Erzellenz zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ernannt und ihn mit der Stellvertretung des Reichskanzlers im Bereich der Auswärtigen Angelegenheiten betraut.

Dresden, 14. Jan. Der Sächsische Landesdienst meldet: Von zuständiger Stelle erfahren wir, daß die sächsische Regierung den in der Besitzsteuerfrage gegen den Reichskanzler gerichteten Presseangriffen fernsteht. Sie hofft, daß es in vertrauensvollem Zusammenarbeiten der verbündeten Regierungen mit dem Reichskanzler gelingen wird, eine auch die sächsische Regierung befriedigende Lösung der schwierigen Frage zu finden.

Stuttgart, 14. Januar. Der König begibt sich am 11. Februar zum Erholungsurlaub nach Cap Martin.

Paris, 14. Jan. Unter dem Vorsitz des Nationalisten Bonvalot sollte gestern Abend Abbé Wetterlé seinen Vortrag über den Meier Bischof Dupont des Loges wiederholen. Wetterlé erwiderte jedoch nicht und Bonvalot erklärte der zahlreichen Zuhörerschaft, daß Wetterlé von seinen Freunden bestimmt worden sei, den Vortrag abzusagen, da diese befürchten, Wetterlé könne bei seiner Zurückkunft nach dem Elsaß verhaftet werden, weil er „24 Stunden nach der Verübung des Delikts“ durch die parlamentarische Immunität nicht mehr geschützt sei. Der Historiker Welschinger las sodann dem Publikum aus dem Manuskript des Wetterléschen Vortrags vor.

Madrid, 13. Jan. Als der Infant Ferdinand von Spanien heute morgen den Schießübungen beiwohnte, häumte sich sein Pferd, so daß der Infant mit großer Wucht zur Erde stürzte. Er brach den linken Oberarm und wurde im Automobil in den Königspalast geschafft. Das Allgemeinbefinden ist zufriedenstellend.

Mitteilungen aus Kunst und Wissenschaft.

Der Kaiser hat dem ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Kaiser-Wilhelm-Universität Straßburg, Dr. Littmann, den Orden vierter Klasse verliehen.

Zur Förderung der geistigen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten erläßt die „New Yorker Staatszeitung“ ein Preisausgeschrieben für einen modernen deutschen Originalroman. Der Hauptpreis beträgt dreitausend Mark.

Familiennachrichten.

Geburten: Ein Knabe: W. Leo Laufenberg, Stadttagelöhner.

Ein Mädchen: V. Dr. Gotthold Ernst, Professor.

Eheaufgebote: Adolf Stöber von Rastatt, Schreiner hier, mit Berta Bed Witwe von Rintheim. — Ernst Dulko von Elberfeld, Techniker hier, mit Luise Proner von hier.

Eheschließung: Karl Helmig von hier, Schlosser hier, mit Katharina Schwaab von Hirschhorn.

Todesfälle: Franziska Brandt, Ehefrau. — Ernst, W.: Ernst Hermann Schmidt, Techniker. — Alexander Fests, Oberleutnant a. D., Institutsbesitzer, Chemann. — Hermann Baisch, Kanalarbeiter, Chemann. — Hermann, W.: F. Göhring, Schuhmacher. — Anton Vogel, Schlossermeister, Chemann. — Therese Spitz, Ehefrau. — Richard, W.: F. Ernst Hölzer, Eisenendreher.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrologie vom 14. Januar 1913.

Das Hochdruckgebiet im Nordosten Europas besteht unverändert fort, außer der Depression im Nordwesten hat sich aber noch eine zweite vor der Garonne einbüchtend entwickelt; beide verursachen bis Westdeutschland herein Schneefälle und Tauwetter, während in den übrigen Teilen des Reiches Frost herrscht. Da nunmehr auch bei uns östliche Winde wehen, so wird es wohl auch bei uns kälter werden; die Schneefälle werden voraussichtlich aufhören.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 14. Januar, früh:

Lugano wolkenlos — 3 Grad, Biarritz heiter 11 Grad, Triest bedeckt 3 Grad, Florenz Regen 3 Grad, Rom halbbedeckt 5 Grad, Cagliari wolkenlos 7 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Januar	Barom. mm	Therm. in C.	Niedersch. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Himmel
13. Nachts 9 ⁰⁰ U.	751.5	0.8	4.6	94	Still	wolkenlos
14. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	750.5	0.4	4.4	93	NO	bedeckt
14. Mittags 2 ⁰⁰ U.	749.9	2.3	4.2	77	NO	h. bedeckt

Höchste Temperatur am 13. Januar: 13.9; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -0.9.

Niederschlagsmenge, gemessen am 14. Januar, 7⁰⁰ früh: 2.8 mm.

Schneehöhe am 14. Januar: 11 1/2 cm.

Wasserstand des Rheins am 14. Januar früh: Schiffer in sel 1.16 m, gefallen 8 cm; Rehl 2.12 m, gestiegen 4 cm; Mainz 3.69 m, gestiegen 11 cm; Mannheim 2.86 m, gestiegen 11 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur E. A. Mend in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Bei Appetitlosigkeit

Dr. Hommel's Haematogen

20 jähriger Erfolg!

Warnung! Man verlange ausdrücklich den Namen Dr. Hommel.

Residenz-Theater
 30 Waldstraße 30 D.982
 Nur noch bis inkl. Dienstag abend

Aus dem Tagebuch einer Geheimagentin **Das Findelkind**

Von „ganz besonderer Bedeutung“ ist stets unser

INVENTUR-VERKAUF

Die Auswahl ist immer noch eine „unvergleichlich gewaltige“ — Man ist also nicht auf die Wahl unter Einzelstücken angewiesen. — Das Lager enthält nur „gute, echte Pelzarten“. — Die herabgesetzten Preise sind an jedem Stück neben dem bisherigen Preis deutlich verzeichnet und bieten „einzig in ihrer Art“

eine selten preiswerte Kaufgelegenheit!

Sämtliche Pelz-Waren

sind mit einem

Rabatt von **20** bis zu **50%** ermäßigt.

Einzelne Modelle sogar bis zu **60%**, also weit unter der Hälfte des sonstigen Preises.

Ein Posten		Ein Posten runder Pelz-Muffen (Wert bis M. 20.—)		
Knaben - Pelz - Mützen		Serie I	Serie II	Serie III
Serie I	Serie II	M. 2.50	M. 4.80	M. 7.50
M. 1.—	M. 2.—	pro Stück.		

Außerdem folgende **Extra-Angebote** D.983

Elegante Herren-Straßen-Pelz-Mäntel M. 95.— 140.— 190.— 220.—

Damen-Pelz-Mäntel u. Paletots ohne Rücksicht auf den Kostenpreis
 Seal-Kanin von 110.— an
 Seal-Electric von 160.— an
 Seal-Electric-Bisam von 400.— an

Damen-Pelz-Tuch-Mäntel schwarz und farbig, mit echtem Pelzfutter 80.— u. 110.—
 engl. gemusterter Stoff mit Pelzfutter . . . 60.— u. 90.—

Pelz-Teppiche u. Vorlagen, echte Bären - Wölfe - Leoparden - diverse Fell-Decken - Angorafelle - Ziegenfelle etc. mit **20%** Rabatt

Groß-Kürschnerie Wilh. Zeumer
 Kaiserstraße 125/127.

4% Pfandbriefe Serie II und III und 4 1/2% Pfandbriefe der Pester Ungarischen Commercial-Bank, Budapest.

Die am 1. Februar 1913 fälligen Zinskupons obiger Pfandbriefe sowie die verlostten Stücke werden vom Fälligkeitstage ab zum Kurse für kurz Wien

in Berlin bei der Nationalbank für Deutschland,
 in Frankfurt a. M. bei den Herren Gebrüder Bethmann,
 in Hamburg bei den Herren L. Behrens & Söhne,
 in Hannover bei den Herren Ephraim Meyer & Sohn,
 in Karlsruhe bei Herrn Veit L. Homburger

werklich in den Vormittagstunden eingelöst. D.980
 Budapest, im Januar 1913.

Pester Ungarische Commercial-Bank.

Süddeutsche Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherungs-Gesellschaft hat ihre

Generalagentur Karlsruhe mit Bezirk

an kautionsfähigen, rührigen, geschäftsgewandten Herrn zu vergeben. Da bedeutender Versicherungsbestand vorhanden ist, wird nur auf einen Herrn reflektiert, der sich die Schaffung eines entsprechenden Neugeschäftes angelegen sein lassen würde. Die Position ist gut dotiert und könnte vorläufig eventuell auch nebenamtlich verwaltet werden. Bevorzugt werden jüngere erfolgreiche Vertreter der Konkurrenz. Disposition zugesichert. Bewerbungen erbeten unter **F. Z. P. 237 an Rudolf Mosse, Berlin S. W. 19.** D.981

Prima Zentrifugen - Tafelbutter!

iefert in Karlsruhe frei ins Haus auswärts in Postkolli von 5 Pfd. an oder als Beilage zu einem Postpaket von 80 Stück Zentrifugen oder Störcheier zu billig. Tagespreisen; bei Jahresabz. entspr. billiger

Badischer Molkereiverband,
 Ettlingerstraße 59 Karlsruhe Telephon 279.

Dienstweisung für 1913.

Steinseker

Kunstliche Ausgabe

Preis je 30 Pfg.

Zu beziehen vom Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei Karlsruhe 12.

Ausschreiben.

Beim adeligen Albert-Karolinenstift hier ist eine Erziehungsrente für Mädchen von 300 fl. = 614 M. 29 Pf. jährlich zu vergeben.

Bewerbungen um dieselbe sind unter Vorlage und Nachweisung D.903.3

1. der Verwandtschaft mit den Stiftern,
2. von Geburtschein,
3. Sittenzugnis,
4. einem glaubwürdigen, amtlich belegten Nachweis der Vermögensverhältnisse, bis zum 15. Februar 1913 schriftlich, portofrei bei dem Unterzeichneten einzureichen.

Gleichzeitig werden unter obigen Bedingungen auch Zümlinge zur Bewerbung aufgefordert, die, im Falle als Gesuche für Mädchen nicht eingehen sollten, berücksichtigt werden können.

Freiburg, 31. Dez. 1912.
 Der Vorsitzende der Exekutive des Albert-Karolinen-Stifts:
 Graf Constantin Genain.

Bordighera Hotel Hesperia
 Erstklassiges deutsches Haus in schönem Garten. Mäßige Preise. Sommerhaus: Mathildenberg, Wimpfen. D.577

Während des

Inventur-Verkaufs

zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Schluß d. Inventurverkaufs Samstag, 25. Januar

Sport-Kleidung

für Herren u. Jünglinge

Sport-Anzüge für Herren
 in vielen Façons mit kurzen u. langen Hosen

Serie A	B	C	
In der Preislage bis 24.00	34.00	53.00	
Inventur-Preis	17.00	25.00	33.00

Sport-Anzüge für Jünglinge D.942

Serie A	B	C	
Inventur-Preis	16.75	23.00	29.50

Sport-Hosen für Herren

Serie A	B	C	
Inventur-Preis	6.90	8.25	12.00

Doppelte Rabattmarken oder 10 Proz. in bar

Spiegel & Wels

Pfälzische Hypothekenbank Ludwigshafen a. Rh.

Pfandbrief-Verlosung.

Bei der heute in Gegenwart des R. Notars Herrn Justizrats Ma hla hier stattgehabten Verlosung

3 1/2 %iger Pfandbriefe der Serien 1, 3 bis einschließlich 11 und 4 %iger Pfandbriefe der Serie 21 wurde gezogen:

die Endnummer 04.

Es gelangen somit ohne Unterschied der Litera sämtliche Pfandbriefe der Serien 1, 3 bis einschließlich 11 und 21, welche mit der gezogenen Endnummer endigen, also beispielsweise: Nr. 04, 104, 204 u. s. w.

zur Heimzahlung.

Die Einlösung der gezogenen Pfandbriefe findet kostenfrei gegen Rückgabe derselben nebst den nicht verfallenen Zins-scheinen und den Erneuerungsscheinen statt an unserer Kasse sowie bei sämtlichen Pfandbrief-Vertriebsstellen.

Die regelmäßige Verzinsung der heute gezogenen Pfandbriefe endigt am **1. April 1913**, von welchem Tage in 1% Depozitalzins vergütet wird.

Verlosungslisten sind an unserer Kasse sowie bei sämtlichen Pfandbrief-Vertriebs- und Zinscheinabholstellen kostenlos erhältlich.

Der Umtausch der verlostten Stücke in 4%ige Pfandbriefe, die wir zum jeweiligen Tageskurs erlassen, kann an unserer Kasse und bei unseren Vertriebsstellen schon von heute ab erfolgen. D.895

Zufolge Allerhöchster Entschliessungen genießen unsere Pfandbriefe seit Bestehen der Bank in Bayern das staatliche Privilegium der Münchener Sicherheit und sind zur Anlage von Gemeinde- und Stiftungsgeldern zugelassen.

Ludwigshafen am Rhein, den 23. Dezember 1912.
Die Direktion.

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit

3.179. Heidelberg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Louis Frank, Inhaber Robert und Karl Frank in Heidelberg, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf

Freitag den 31. Jan. 1913, vormittags 9 Uhr, vor dem diesseitigen Gericht, Zimmer Nr. 25, bestimmt. Heidelberg, 11. Jan. 1913. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts I.

3.178. Überlingen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Sägereibesetzers Ernst Walser in Hausen ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Mittwoch den 5. Febr. 1913, vormittags 11 Uhr, vor dem Groß-Amtsgericht hier, Zimmer Nr. 2. Überlingen, 9. Jan. 1913. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

3.176. Freiberg. Durch Erkenntnis Gr. Amtsgerichts hier vom 9. Januar 1913 Nr. 13. G. 1/12 wurde die Entmündigung des Tagelöhners Dominikus Doh in Kurlwangen wegen Trunksucht wieder aufgehoben.

Freiberg, 9. Jan. 1913. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Verchiedene Bekanntmachungen. Zu vermieten.

Im Landesgefängnisgebäude in Karlsruhe, Müppurstraße Nr. 1, ist auf 1. April 1913 ein Teil des Stallgebäudes zum Betrieb eines Reitinstituts zu vermieten.

Die Bedingungen für die Miete können bei der staatlichen Hengsthaltung Karlsruhe, Müppurstraße 1, von 11-12 und 2-4 Uhr eingesehen werden. 3.159.3

Schriftliche Angebote unter Angabe des Mietzinses sind bis 15. Februar 1913 mit der Aufschrift „Landesgefängnisvermietung“ versehen, bei der Exekutive des Gr. Min. Präsidiums des Innern einzu-reichen.

Karlsruhe, 8. Jan. 1913. Gr. Ministerium d. Innern. Bodman.

Für den Neubau eines Arztedoppelwohnhauses in der Groß-Heil- und Pflegeanstalt bei Emmendingen sind nach Ministerialverordnung vom 8. Januar 1907 folgende Bauarbeiten zu vergeben:

Reichholzfußboden, Terrazzo- und Linoleumbelag, Rolladenlieferung, Glaser-, Schreiner-, Schloffer-, Anstreicher-, Tapezier-, Wasser- und Ableitungs- sowie Gasleitungsarbeiten.

Zeichnungen, Bedingungen und Arbeitsbeschriebe liegen bei unterzeichneter Stelle, Zimmer Nr. 11, von heute an zur Einsicht auf, daselbst auch Abgabe der Angebotsdrucke. 3.77.2

Keine Unterlagenverfehlung.

Angebote verschlossen, postfrei und mit der nötigen Aufschrift, sind bis längstens 22. Januar 1913, vormittags 10 Uhr, bei uns einzureichen, zu welchem Zeitpunkt die Verdingungsverhandlung stattfindet. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Emmendingen, 6. Jan. 1913. Gr. Bes. Bezirksbauinspektion.

Rumänisch-Deutscher Eisenbahnverband. Verkehr mit Süddeutschland.

Tarif, Teil II, Heft 1 und 2 vom 1. August 1909.

Am 1. August 1913 tritt der Verbandstarif vom 1. Aug. 1909 für den oben genannten Verkehr mit der Maßgabe außer Kraft, daß er durch einen neuen Tarif mit teilweisen Tarifierhebungen ersetzt wird. Insbesondere treten solche bei den Ausnahmestellen Nr. 3 (Eisen), Nr. 4 (Wagzinsen) und Nr. 15/A (Rohbenzin) ein.

Karlsruhe, 11. Jan. 1913. Gr. Bes. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.